

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/61

Hannover, 1. August 1947
Telefon: 20951

Der demokratische Weg zum Sozialismus Zu Rudolf Hilferdings 70. Geburtstag

Am 10. August würde Rudolf Hilferding, der nach seiner Emigration und Auslieferung an die deutsche Gestapo durch die Vichy-Regierung im Jahre 1941 in dem Pariser Gefängnis "La Santé" zugrunde gegangen ist, 70 Jahre alt. Gerade in dieser Zeit des Neuaufbaues eines demokratischen und sozialistischen Deutschlands muß dieses großen Theoretikers des internationalen demokratischen Sozialismus gedacht werden, der - wie der russische Historiker und Marx-Forscher, Boris Nikolajewski, sagt, "mehr als jeder andere geleistet hat, um Marx' Werk der Erforschung der Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft fortzusetzen."

Eine grundsätzliche Ansicht des klassischen Marxismus war, daß die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft immanent zu ihrer Ablösung durch die sozialistische Gesellschaft führe; die früheren Sozialisten waren überzeugt, daß sie - durch den Ablauf der Geschichte - automatisch die unbestrittenen Erben der alten, kapitalistischen Welt sein würden. Hilferding war es, der aufgrund seiner nationalökonomischen und historischen Studien und der umfassenden Schauweite seiner geistigen Interessen - er hatte Medizin studiert, sehr intensive volkswirtschaftliche Studien betrieben und sich eingehend mit Philosophie und Geschichte befaßt - die Fragwürdigkeit dieses Optimismus klar formuliert hat. Karl Marx hatte wissenschaftlich bewiesen, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem unvermeidlich von einem System der organisierten Wirtschaft abgelöst werden müsse. Wie aber das Problem des Weges zum Sozialismus gelöst werden könne, war in der Folgezeit eine praktisch offene Frage geblieben. Im Verlaufe der Zeit wurde darum rein mechanisch dem Begriff der organisierten Wirtschaft der Begriff des Sozialismus gleichgesetzt, wodurch diesem Begriff die ideelle Grundlage seines humanistischen Gehaltes genommen wurde. Die Möglichkeit, daß durch die Schaffung eines Systems der organisierten Wirtschaft auf der Grundlage dieser rein mechanischen und materialistischen Auffassung vom Begriff des Sozialismus ein ungeheurer Apparat einer universellen (oder nach dem heutigen Sprachgebrauch: totalitären) Gewalt aufgebaut werden könnte, die den Menschen in ein ohnmächtiges Werkzeug in den Händen einer unkontrollierbaren Tyranie verwandeln könnte, wurde völlig übersehen.

Diese Gefahr erkannte Hilferding. In seinem großen theoretischen Werk "Finanzkapital" (1910) revidierte er die klassische marxistische Ansicht, nach der die organisierte Wirtschaft "automatisch" mit dem

aufbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage verbunden sei und wies, die Marx'schen Gedankengänge weiterführend, die Möglichkeit auf, "in Rahmen einer Gesellschaft, die ihre demokratischen Formen beharrte, eine organisierte Wirtschaft sozialistischen Charakters auf evolutionärem Wege ins Leben zu rufen". Seine ganze Lebensarbeit als Theoretiker und Nationalökonom, die ihren Niederschlag in seinem großen Buch und in zahlreichen Aufsätzen und grundlegenden Zeitungsartikeln während seiner Tätigkeit als Mitarbeiter an Kautskys "Neuer Zeit" (1902), als Dozent an der von Bebel gegründeten Parteischule in Berlin (1906), als Exilredakteur beim "Vorwärts" (1907 - 1915) oder als Chefredakteur der "Freiheit" (1918-1922) fand; und sein gesamtes politisches Handeln als führender Parteifunktionär in der Vorkriegesozialdemokratie und in der USPD, in seinem Kampf gegen den kommunistischen Totalitarismus auf dem Halleschen Parteitag 1920, wie auch sein Wirken als Reichstagsabgeordneter (1924-1933) und als sozialistischer Finanzminister im ersten Kabinett Stresemann (1923) - wo er die Grundlagen für die Währungsreform 1924 legte - und im Kabinett Müller (1928) - sein gesamtes Denken, Handeln und Streben gilt dem einen Ziel: dem Kampf um die Wirtschaftsdemokratie, d.h. um den demokratischen Weg zum Sozialismus, den er untrennbar mit einem friedlichen Entwicklungsgang in der internationalen Politik verbunden sah.

Das ist eine Konzeption, die heute aktueller ist denn je zuvor; was Hilferding als Vertreter des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus auf dem Halleschen Parteitag 1920 gegenüber dem Vertreter des diktatorischen Sozialismus, dem Präsidenten der Dritten kommunistischen Internationale, Sinowjew, vertrat, ist derselbe Kampf, den die neue Sozialdemokratie heute im Osten, in der russischen Zone und in Berlin, wieder führen muß, den Kampf gegen die Praxis, auf dem Wege einer terroristischen Diktatur zu der erstrebten organisierten Wirtschaft als Grundlage einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu gelangen - ein Weg, den der Nationalsozialismus schon eingeschlagen und damit nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt schließlich in die Katastrophe der Jahre 1933-1945 geführt hat. Was Hilferding forderte, nämlich, daß die organisierte Arbeiterschaft es lernen müsse, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu gebrauchen, um Wirtschaft und Staat unter ihre Herrschaft zu bringen und den demokratischen Sozialismus zu verwirklichen, und was er in seiner großen Programmrede auf dem Berliner Parteitag 1924 erklärte, sollte sein unverwundliches Vermächtnis für uns werden: "Der Sozialismus ist heute längst nicht mehr die Frage der Armut und des Elends, kein Kampf der Beladenen und Mühseligen gegen Reiche und Glückliche. Sozialismus ist der Kampf großer organisatorischer Gewalten, und in diesem Kampf muß, infolge der kapitalistischen Entwicklung selbst, die Macht der Arbeiterorganisationen immerfort wachsen. So steht nach dem Krieg und der Revolution der Sozialismus als Tagesfrage der Politik auf der Tagesordnung dieser Gesellschaft, mag sie es anerkennen oder nicht". Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung dieser von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln. Wenn wir als Sozialdemokratie früher gekämpft haben um politische Rechte, um die Anfänge und die Erweiterung der Sozialpolitik, so ist durch die ökonomische Entwicklung selbst das Problem der Verwirklichung des Sozialismus gestellt.

(m/B54/18/1/hs)

Um die polnische Sozialistenpartei

Von unserem Korrespondenten Immanuel Birnbaum

Warschau, im Juli 1947

Die Polnische Sozialistische Partei (P.P.S.) ist nominell die führende Gruppe in der jetzigen Warschauer Regierung, in der sie den Premierminister und sechs weitere Kabinettsmitglieder stellt, mehr als irgend eine der anderen Koalitionsparteien. An Mitgliederzahl ist sie mit über 700 000 eingeschriebenen Angehörigen eine der drei stärksten des Landes. Unter den politisch nicht organisierten der polnischen Staatsbürger hat die P.P.S. gegenwärtig wahrscheinlich stärkere Sympathien als irgend eine andere Richtung. Trotzdem befindet die Partei sich ohne Zweifel in einer inneren Krise. Ja, auf weitere Sicht ist sogar ihr selbständiger Bestand in Frage gestellt.

Als im Juli 1944 der Polnische Befreiungsausschuß als Vorläufer der späteren Warschauer Regierung an die Öffentlichkeit trat, lag seine Führung überwiegend in den Händen der kommunistisch orientierten Polnischen Arbeiterpartei (P.P.R.). Nach Kriegsende schien ein neuer Aufstieg der P.P.S. zu beginnen. Der hinter der russischen Front reorganisierten Partei traten damals auch die im Lande verbliebenen und aus dem Westen zurückgekehrten gemäßigten Arbeiterführer wieder bei. Die innere Selbständigkeit von der linken Nachbarpartei schien auch im nächsten Jahre weiter anzuwachsen und ebenso unter Führung des jungen Premierministers Josef Cyrankiewicz die organisatorische Unabhängigkeit.

Aber auch die kommunistische P.P.R. war nicht müßig. Sie hatte in der Wahlzeit die Sozialisten in der Zahl der organisierten Mitglieder überholt. Nachgiebig hinsichtlich der Zahl ihrer Kabinettsitze, blieb sie hart in der Behauptung der Schlüsselstellungen staatlicher Macht (Polizei, Staatsindustrie, Außenministerium). Die radikalsten ihrer Führer, darunter der energische Vizepremier Wladyslaw Gosculka, begannen im Frühjahr die Frage des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien in einer Einheitsorganisation öffentlich aufzurollen. Da die Sozialisten schon während des Wahlkampfes ihren rechten anti-kommunistischen Flügel wieder abgestoßen hatten, schien eine solche Entwicklung als Konsequenz der taktischen Einheitsfront möglich. Aber nun zeigte sich die Wirkung der inneren Verselbständigung; die P.P.S. antwortete der P.P.R. mit einem höflichen, aber nicht mißverständlichen Nein. Man wolle weiter zusammenarbeiten, darüber aber nicht seine eigene Existenz als Partei preisgeben.

Das nächste Wort hatte nicht die kommunistische Parteiführung, sondern es kam von den ihr nahestehenden Staatsressorts. Der kommunistische Industrieminister Pilarz Miño stellte die sozialistische Leitung der Konsumvereine bloß und zwang ihren Führer, den Parteivor-sitzenden Stanislaw Szwalbe, zum öffentlichen Verzicht auf eigene wirtschaftspolitische Vorschläge zur Bekämpfung der Teuerung. Die politische Polizei deckte Versuche der im Ausland verbliebenen Rechtssozialisten zu illegaler Propaganda in Polen auf und legte Beweismaterial dafür vor, daß diese Bestrebungen in die Reihen der legalen, mitregierenden Sozialistenpartei hineingebracht. Der sozialistische Parteiausschuß, der wenige Monate vorher den Zusammenschluß mit der P.P.R. abgelehnt hatte, mußte von neuem zusammentreten und diesmal den Ausschluß der "belasteten" Parteimitglieder vom rechten Flügel in die Wege leiten. Gleichzeitig nahm der Parteiausschuß eine Entschließung an, welche die Zusammenarbeit mit den Kommunisten gewisser-

maßen aus der Sphäre der Taktik in diejenige der ständigen politischen Prinzipien erhob. Ein für allemal wurde festgelegt, der innere Gegner könne nur noch rechts stehen.

Der Druck auf die P.P.S. wird in nächster Zeit nicht nachlassen. Ein angekündigtes Gerichtsverfahren gegen die rechtssozialistischen Geheimbündler dürfte nur eines der Mittel dazu sein. Der Propaganda des Gedankens des Zusammenschlusses der beiden Arbeiterparteien dienen jetzt gemeinsame Funktionär-Konferenzen. Die breiten Massen der sozialistischen Mitgliedschaft sind offensichtlich weiterhin gegen einen solchen Zusammenschluß, aber in den höheren Instanzen der Partei-Hierarchie ist der Widerstand gegen das kommunistische Werben schon schwächer als im Frühjahr. 1948 kann das Schicksalsjahr der P.P.S. werden.

Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie

Englands Arbeiterschaft bereitet sich auf die Übernahme leitender industrieller Stellung vor

Von unserem Londoner Korrespondenten Alf Evans

London, Ende Juli 1947

Zur wirklichen Wirtschaftsdemokratie und zur wirtschaftlichen Struktur eines demokratischen Sozialismus, der Programm der Britischen Arbeiterregierung ist, gehört nach Meinung der Britischen Arbeiterbewegung eine maßgebliche Beteiligung von Vertretern der Arbeiterschaft an der Leitung sowohl der Gesamtwirtschaft wie der einzelnen Betriebe.

Diese Forderung ist in einem gewissen Umfang bereits erfüllt worden: Im National Coal Board, der leitenden Organisation des vorstaatlichen Kohlenbergbaus, besetzen Vertreter der Arbeiterschaft, wie beispielsweise der ehemalige Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft Ebby Edwards, leitende Stellungen. Für den Electricity Board und den Transport Board - die Direktorien der kommenden staatlichen Elektrizitäts- und Verkehrsmittel-Trusts - ist etwas Ähnliches vorgekehrt. Auch in nicht-verstaatlichten Industrien gibt es eine Mitwirkung und Mitkontrolle der Arbeiterschaft in der Form der sogenannten "Joint production committees", das heißt in der Form von "Betriebskomitees", in denen Vertreter der Belegschaft eines Betriebes mit ähnlichen Funktionen, wie sie den Betriebsräten in der Zeit der Deutschen Weimarer Republik zustanden, mit Mitgliedern des Betriebsdirektoriums zusammen wirken.

Allein das alles erscheint der Britischen Arbeiterschaft nur ein Anfang zu sein, und das allgemeine Verlangen geht nach mehr. Sir Stafford Cripps, der Wirtschaftsminister, hatte unlängst das Mißfallen der organisierten Arbeiterschaft erregt, als er in öffentlicher Rede die Meinung aussprach, die Arbeiterschaft sei als Ganzes genommen auf die Übernahme wirtschaftsleitender Funktionen noch nicht genügend vorbereitet. Es gab kaum eine örtliche Gewerkschaftsveranstaltung, in der diese Feststellung nicht einer scharf ablehnenden Kritik unterzogen worden wäre. Aber, wie sich nunmehr zeigt, hatte die provozierende Äußerung des Wirtschaftsministers doch ihr Gutes. Sie führte mit dazu, daß die Gewerkschaftsabteilung der Englischen Arbeiterbildungsvereinigung für den kommenden Winter, die Hauptstudienzeit, Sonderveranstaltungen vorbereitet, die der Vorbereitung der Arbeiterschaft auf die noch stärkere Übernahme betriebsleitender Funktionen gewidmet sein sollen.

In einer vom Londoner Distrikt der Arbeiterbildungsvereinigung einberufenen Versammlung erhielt - bezeichnend für die englische Mentalität - der angefeindete Sir Stafford Cripps Gelegenheit, vor einigen Hunderten von Arbeitervertretern über das Thema "Arbeiter und Betriebsleitung" zu sprechen und so den von ihm eingenommenen Standpunkt eingehender zu begründen. Seine Auffassungen wurden auch bei dieser Gelegenheit keineswegs vorbehaltlos akzeptiert. Im Gegenteil, in der seinem Referat folgenden eingehenden Diskussion und in vielen direkten Fragen wurde ihm nachdrücklich entgegengehalten, daß es schon jetzt an hinreichend qualifizierten Arbeitern nicht fehle, und daß es vielmehr auf Seiten der Arbeiterregierung an der nötigen Energie fehle, sich dieser Kräfte beim Aufbau der Wirtschaftsdemokratie zu bedienen.

Die lebhafteste Auseinandersetzung spielte sich in vorbildlichen Formen ab. Sie endete damit, daß dem Wirtschaftsminister Cripps, trotz seiner "bürgerlichen" Auffassungen warmer Beifall gespendet und im übrigen seinem Rate entsprechend beschlossen wurde, den einschlägigen Kursen und Lehrgängen der Arbeiterbildungsvereinigung größte Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Die Sonderveranstaltungen der Arbeiterbildungsvereinigung im Distrikt London werden nunmehr organisiert und in Gestalt von zahlreichen örtlichen Kursen Ende September beginnen. Wie bei allen Veranstaltungen der in ihrem Gesamtaufbau ziemlich einzig dastehenden "Workers Educational Association" werden die Kursteilnehmer sich ihren Dozenten und ihren Lehrgegenstand sowie den Zeitpunkt und Ort ihrer Zusammenkünfte selbst auswählen. Zu Tausenden von Kursen dieser Art, die jedes Jahr von der Arbeiterbildung in den Städten und Dörfern des Landes organisiert werden, werden im kommenden Winter Hunderte hinzukommen, die dem besonderen Zweck dienen, über das bisher schon vorhandene beträchtliche Maß hinaus Männern und Frauen des Arbeiterstandes das Rüstzeug für die Ausübung betriebs- und wirtschaftsleitender Funktionen zu geben.

Angst vor der eigenen Courage

Die neuen CDU/CSU-Direktoren der bizonalen Wirtschaftsverwaltung in Frankfurt sind auf ihren Sitzen noch nicht warm geworden und schon melden sich Anzeichen einer wachsenden Unruhe, die sich offenbar zu einer regelrechten Angst vor der eigenen Courage auszuweiten beginnt. Nachdem die ersten Tage nach der Frankfurter Entscheidung schon eine ganze Reihe von auffallend reservierten Stimmen führender CDU-Politiker zu diesem Ergebnis gebracht hatten, meldete am 31. Juli eine Nachrichtenagentur, daß zwei Direktoren, der für Verkehr und der für Finanzen, nicht die Absicht hätten, ihre Posten anzutreten und daß Versuche im Gange seien, der SPD doch noch einige Ämter anzubieten.

Nach unseren Informationen besteht aber bei den maßgebenden Stellen der SPD nicht die geringste Neigung, auf solche recht unklaren Vorschläge, wie sie hier plötzlich aus den angedeuteten Motiven auftauchen, einzugehen. Der Kernpunkt der Auseinandersetzung in Frankfurt war die Besetzung des Wirtschaftsdirektoriums. Daran hat sich inzwischen nichts geändert. SPD und CDU haben heute im Wirtschaftsrat die gleiche Stimmenzahl. Die CDU hat (bis auf Schleswig-Holstein) sämtliche Landwirtschaftsministerien der Länder und die Leitung der entsprechenden bizonalen Zentralstelle in ihrer Hand, die SPD hält die Wirtschaftsministerien besetzt. Bei der Gleichwertigkeit dieser beiden Wirkungsbereiche hat sie den klaren Anspruch auf die Führung der zentralen Wirt-

schaftsbehörde, sie hatte vor allem aber Grund, die Zustimmung abzulehnen mit einem oder mehreren zweit- oder drittklassigen Ämtern abgepeist zu werden.

Das ist der klare Sachverhalt. Es kann nichts schaden, wenn von vornherein diese sozialdemokratische Einstellung zu jedem CDU-Versuch herausgestellt wird, der darauf ausgeht, mit ganz unzureichenden Mitteln dem aus übersteigertem Machtstreben entstandenen sehr gefährlichen Schritt von Frankfurt sein politisches Schwergewicht zu nehmen.

(m/1/18/hs)

Labour Parties des Commonwealths

In der kanadischen Stadt Toronto beginnt am 4. September eine Tagung der verschiedenen Labour-Parteien des britischen Commonwealth, um eine engere Verbindung untereinander herbeizuführen. Die englische Labour-Party wird dabei durch den Parteisekretär Morgan Phillips und Miss Alice Bacon vertreten werden.

(m/1/18/hs)

"Ich sah hungernde Kinder"

Wir weisen auf diese bemerkenswerten englische Zitate besonders hin.

Ethel Mannin, eine bekannte englische Sozialistin, die vor kurzem erst von einem längeren Besuch in dem schland nach England zurückgekehrt ist, greift im "Socialist Leader" in die dort eröffnete Debatte über die Frage ein, ob der Marshall-Plan auch von sozialistischen Standpunkt aus zu begrüßen sei.

"Der Marshall-Plan", so meint sie, "mag als ein Versuch der Amerikaner gewertet werden, die Herrschaft über Europa zu erlangen; wie dies verschiedentlich geschieht, so mag von seinen Wallstreet-Beweggründen inspiriert sein. Ich weiß es nicht, es ist so leicht, zynisch und doktrinär zu sein. Ich persönlich bin mit dem Dekret für jeden Art und Form fertig. Ich möchte, daß die Kinder in Deutschland wieder laufen; ich möchte, daß das Volk genügend zu essen hat; ich möchte, daß die Schulen wieder aufgemacht und die Kinder aus den Trümmerhaufen und aus den heißen, elektrisch beleuchteten Bunkern herausgenommen werden, in denen viele von ihnen leben. Ich möchte, daß sie aus den Kellern unter den Trümmern herauskommen, wo sie zu sechst und acht, in einem Raum hausen. Ich wünsche mir das Ende des Schwarzen Klotzes ohne den man verhungern muß. Ich möchte, daß sie Trümmer beseitigt (in ganz Deutschland sieht es aus, als habe sich das alles erst letzte Woche ereignet) und Häuser gebaut werden. Und ich möchte, daß das deutsche Volk wieder Hoffnung gegen, an eine Zukunft glauben kann und daß die Selbstmordziffern absinken.

Der Marshall-Plan allein vermag das alles nicht und er mag auch mit allen möglichen Schwierigkeiten verbunden sein. Aber er kann wenigstens etwas erreichen. Die Deutschen können ihre Hoffnung an ihn. Wir können nur mit ihnen hoffen, daß er ihnen etwas gibt. Wenn man einmal dem Hunger ins Gesicht sah, bei alten Leuten wie bei kleinen Kindern, so hört man auf, über Ideale und Motive zu streiten. Man nimmt, was man bekommt und ist dankbar dafür. Die Welt, in der wir leben, zwingt uns zu Kompromissen. Die Hungernden streifen nicht darüber, wer ihnen den Laib Brot besorgte, und über er aus A. Trümmern oder aus irgend einem anderen Motiv gegeben wurde, sie nahmen ihn und essen ihn und sie sind dankbar, weil er wenigstens etwas ist. (m/1/18/hs)

Wiedererscheinen des "Anderen Deutschland"

Die aus der Zeit vor 1933 bekannte pazifistisch-politische Wochenschrift "Das Andere Deutschland" ist am 2.8.1947 nach 14jähriger Pause wieder erschienen. Lizenzträger ist der frühere Herausgeber Fritz Küster, Hannover. In der Weimarer Republik hat die Zeitung in vorderster Linie im Kampf gegen illegale militärische Aufrüstung (Schwarze Reichswehr) und Nazismus gestanden. Sie will sich heute, nach dem Zusammenbruch, vornehmlich für den Wandel der deutschen Gesinnung vom Schwertglauben zur Demokratie und für Völkerverständigung einsetzen. Das A.D. erscheint als überparteiliche Zeitung mit entschieden demokratischer Grundhaltung wöchentlich einmal. (m/1/18/hs)

SPD-PRESSEDIENST TEILT MIT:

Am vergangenen Sonntag, 27.7., feierte der Ortsverein B r a m s c h e im Bezirk Veser-Ems der SPD die 75. Niederkehr seines Gründungstages. Der Ortsverein ist der zweitälteste SPD-Verein Deutschlands. In seinem Besitz befindet sich die wohl älteste sozialdemokratische Parteifahne. Sie wurde am 24. August 1873 geweiht und durch all die schweren Jahre der Ausnahmegesetzgebung Bismarcks und der 12jährigen Diktatur Hitlers wohlbehütet in die Gegenwart hinübergerettet. Fritz T i m m e r, der jetzige Vorsitzende des Ortsvereins hatte sie 1933 vor dem Zugriff der Gestapo in Sicherheit gebracht. Zum 75. Jubiläumstag wachte sie wieder im Glanz und erzählte den jungen Genossen von der schweren Zeit, als mutige Männer für Freiheit und Sozialismus stritten.

+

Am 23. und 24. August findet in Freiburg in der französischen Zone eine Landesfrauenkonferenz der SPD statt.

+

Am 6. und 7. September findet eine größere Konferenz der Jungsozialisten der Bezirke Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach statt, die mit einer Großkundgebung in Kreuznach verbunden ist.

+

Als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Indiens hat der indische Sozialist A.S. Patwardhan die Einreiseerlaubnis nach Deutschland erhalten. Patwardhan beabsichtigt, Deutschland aufzusuchen, um Fühlung mit der SPD zu bekommen.

+

Schwedens sozialdemokratischer Jugendverband hat 35 deutsche sozialistische Jugendliche zu einem Schulungskurs eingeladen, der im September im Verbandsheim Bommersvik bei Stockholm durchgeführt werden wird. Vortragende werden außer Funktionären des schwedischen Jugendverbandes in Schweden lebende deutsche Sozialdemokraten sein. Die deutschen Jugendlichen werden Gelegenheit bekommen, verschiedene Einrichtungen Schwedens und der schwedischen Arbeiterbewegung zu studieren.

-.-.-.-

Verantwortlich: Peter R a u n a u